

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Helga Daub, Angelika Brunkhorst, Günther Friedrich Nolting, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/1022 –**

Hilfe durch den Bund für die von Reduzierung und Schließung betroffenen Bundeswehrstandorte ist unverzichtbar

A. Problem

Die antragstellende Fraktion erwartet, nachdem vor zwei Jahren durch das von der Bundesregierung beschlossene „Ressortkonzept Stationierung“ die bundesweite Schließung von zahlreichen Bundeswehrstandorten und die Reduzierung von weiteren Standorten angeordnet worden war, im Rahmen der Nachsteuerung weitere Schließungen/Reduzierungen von Bundeswehrstandorten. Diese Entscheidungen werden erhebliche volkswirtschaftliche Konsequenzen und tief greifende arbeitsmarkt- und strukturpolitische Einschnitte für die betroffenen Länder und Kommunen mit sich bringen. In den Standortgemeinden haben sich speziell auf die Bundeswehr ausgerichtete Wirtschaftsstrukturen entwickelt. Dies bedarf im Zuge des vorgesehenen Truppenabbaus einer gezielten regional-ökonomischen Anpassung.

Die Fraktion der FDP hat in ihrem Antrag einen Maßnahmenkatalog formuliert, mit dem Hilfe durch den Bund für die von Reduzierung und Schließung betroffenen Bundeswehrstandorte geleistet werden soll.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1022.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/1022 – abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2005

Der Haushaltsausschuss

Manfred Carstens (Emstek)
Vorsitzender

Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Berichterstatter

Dietrich Austermann
Berichterstatter

Anja Hajduk
Berichterstatte^{rin}

Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Dietrich Austermann, Anja Hajduk und Jürgen Koppelin

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 138. Sitzung am 11. November 2004 den Antrag auf Drucksache 15/1022 – Hilfe durch den Bund für die von Reduzierung und Schließung betroffenen Bundeswehrstandorte ist unverzichtbar – zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und den Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Als Folge des von der Bundesregierung vor zwei Jahren beschlossenen „Ressortkonzepts Stationierung“ wurden bundesweit zahlreiche Bundeswehrstandorte geschlossen bzw. reduziert. Im Rahmen der Nachsteuerung sind weitere Schließungen/Reduzierungen von Bundeswehrstandorten zu erwarten. Diese Entscheidungen werden erhebliche volkswirtschaftliche Konsequenzen und tief greifende arbeitsmarkt- und strukturpolitische Einschnitte für die betroffenen Länder und Kommunen mit sich bringen.

Die Fraktion der FDP hat daher in ihrem Antrag einen Maßnahmenkatalog formuliert, mit dessen Hilfe die von Reduzierung und Schließung betroffenen Bundeswehrstandorte Hilfe durch den Bund erfahren sollen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Die beiden mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 26. Januar 2005 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Abwesenheit der Fraktion der FDP gefasst.

Berlin, den 26. Januar 2005

Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Berichtersteller

Dietrich Austermann
Berichtersteller

Anja Hajduk
Berichterstellerin

Jürgen Koppelin
Berichtersteller

